

Laufende Nr. 42: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1787 – Neudruck**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 43: **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1788 – Neudruck**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05. Wer ist für diese Vorlage? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der **Einzelplan 05** mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Beratung des **Einzelplans 10**:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich gebe Frau Watermann-Krass von der SPD-Fraktion das Wort.

Annette Watermann-Krass (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung kündigt für ihre Politik im Bereich Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaftspolitik in blumigen Worten Veränderungen an. Sie müssen sich aber daran messen lassen, was Sie tatsächlich verändern und wo Sie tatsächliche Schwerpunkte setzen.

Wir sind uns alle einig, dass die Gestaltungsspielräume in den Haushalten heute eng sind. Aber gerade dann ist es wichtig, ganz genau hinzusehen. Da ist es schon spannend, wie Sie Ihre Spielräume nutzen.

Sie schwächen die, die bei Ihnen keine Lobby haben: Verbraucherinnen und Verbraucher, alle im Umweltschutz und in der Umweltbildung wie die biologischen Stationen, kleine und mittlere Landwirte, vor allem die Bio-Branche, Firmen, die auf Nachhaltigkeit und Effizienz setzen, und Sie stärken die, die bei Ihnen eine gute Lobby haben.

Minister Uhlenberg outet sich ganz offen als Cheflobbyist des Agrobusiness. Auf der einen Seite stärken Sie aus dem Umweltetat einen Flughafen, betreiben aber auf der anderen Seite einen beispiellosen Kahlschlag in der Naturschutz- und Umweltpolitik des Landes.

Sie verteilen in Ihrem Etat gezielt um. Ich will das hier nur an wenigen Punkten beispielhaft deutlich machen.

Sie reden von neuer Verantwortung. Doch was ist mit der Verantwortung für die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW? Sie streichen bei der Verbraucherzentrale mehr als 1 Million € heraus. Das führt dazu, wie heute aus der Pressemitteilung der Verbraucherzentrale bekannt wurde, dass konkret bis zu acht Verbraucherberatungsstellen geschlossen werden müssen. Die Städtenamen werden darin bereits genannt.

Da ist es schon zynisch, jetzt so zu tun, als ob Sie 50.000 € zusätzlich gewähren. Sie wissen, dass diese Gelder für Projekte des Ministeriums gedacht sind, an denen die Verbraucherzentrale nur mitarbeitet. Das riesige Haushaltsloch, das Sie bei der Verbraucherberatung reißen, wird damit nicht geschlossen.

Das heißt, Sie schwächen die Struktur der Verbraucherarbeit in der Fläche, eine Verbraucherarbeit, die sich über Jahrzehnte bewährt hat. Viele Menschen in NRW müssen zukünftig auf den persönlichen Kontakt bei einer Beratung verzichten oder weit fahren, um beraten zu werden.

Die CDU spricht allerdings in einer Pressemitteilung davon, dass sie das hohe Niveau des Verbraucherschutzes erhalten wolle, und sorgt gleichzeitig dafür, dass bis zu acht der 54 Beratungsstellen geschlossen werden. Da widerlegen Ihre Taten Ihre Sonntagsreden.

Was CDU und FDP unter Dialog verstehen, kann man sich sehr gut bei dieser Haushaltsdiskussion ansehen. Da werden die Änderungsanträge der CDU nicht in die Fachausschüsse eingebracht und dort diskutiert, sondern nur wenige Stunden vor der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses dem Parlament zur Verfügung gestellt. Sie entziehen sich damit einer breiten fachlichen Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie setzen angeblich auf einen Dialog mit der Wirtschaft, kürzen aber gleichzeitig die Mittel für das nachhaltige Wirtschaften. Davon ist dann vor allem die Effizienzagentur betroffen. Sie sagen auf der einen Seite, dass auf die Arbeit der Agentur zu setzen ist, weil sie wichtige Impulse gibt, und streichen gleichzeitig dort die Mittel. Da widerlegen Ihre Taten Ihre Sonntagsreden.

Bei der Forstwirtschaft werden auch ohne großartige Dialoge mit diesem Haushalt Fakten geschaffen. Da muss ein Betrieb, der gerade erst seit kurzer Zeit läuft, bereits jetzt aus dem Stand deutli-

che Gewinne erwirtschaften. Da wird einfach gekürzt, ohne das in Auftrag gegebene Gutachten abzuwarten.

Bei der Landwirtschaftskammer hätten Sie bei solch einem Verfahren einen riesigen Aufwand gemacht. Wo ist denn der Dialog und die Verantwortung für den Landesbetrieb? Wir haben den Eindruck, Sie wollen diesen Landesbetrieb nicht. Mit diesem Haushaltsansatz für den Landesbetrieb Wald und Holz tragen Sie die volle Verantwortung für den Fortbestand dieser Einrichtung.

Man kann bei diesem Haushalt deutlich den Eindruck gewinnen, dass Sie gewillt sind, den Ratsvater zu geben. Das hat dann aber mit Regierungsverantwortung nichts zu tun.

Sie kündigen Modernisierung und Zukunftsfähigkeit für NRW an. Gleichzeitig schneiden Sie in die Struktur der biologischen Stationen hinein. Sie wissen so gut wie ich, dass bei einer 20 %igen Kürzung in diesem Bereich vor allem kleinere biologische Stationen in NRW schließen werden. Was hat das mit Modernisierung zu tun, wenn hier wichtige Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist?

Biologische Stationen sind in der Region verankerte Orte des angewandten und praktischen Naturschutzes. Sie sind begründet und getragen durch ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Die biologischen Stationen sind wichtig für den praktischen Naturschutz vor Ort, vom Kind bis zum Rentner. Von lokaler Umweltbildung und Naturschutz zu reden und dann hier die Mittel zu streichen, da widerlegen Ihre Taten Ihre Sonntagsreden.

(Beifall von der SPD)

Was hat es mit Umweltschutz zu tun, wenn Sie aus dem Etat des Umweltministeriums 1 Million € plus 10 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen für den Flughafen Münster/Osnabrück ausgeben? Wenn das Wirtschaftsförderung und damit eine Subvention für das Münsterland ist, hat das im Umweltschutz nichts zu suchen.

Sie schreiben ja selbst im Erläuterungsband zum Einzelplan 10, dass diese Auflagen eigentlich vom Verursacher zu zahlen sind, hier jetzt aber vom Land gezahlt werden. Was ist daran moderne Umweltpolitik? Wird das Land dann demnächst auch die Umweltauflagen für andere Großprojekte mit Planfeststellungsverfahren übernehmen?

Dieser Zuschuss wirft ein eindeutiges Licht auf Ihr Verständnis von Umwelt. Modernisierung bedeutet hier, dass man Investoren Umweltauflagen nicht zumuten kann, dass stattdessen das Land eintreten und zahlen muss. Der Begriff „Kultur des

Verzichtes“ bedeutet hier für Sie: Verzicht auf das Verursacherprinzip und die Rechtsstaatlichkeit.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wie bitte?)

Was hier deutlich wird, ist, welchen Stellenwert Umweltpolitik bei CDU und FDP hat. Die wichtigen Dinge werden bei Ihnen offensichtlich im Koalitionsausschuss geklärt. Da gibt es keine Lobby für Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutz. Da hat Minister Uhlenberg anscheinend nichts zu sagen. Schön, dass er wenigstens 90 Minuten – wie wir heute gelesen haben – bei der Kabinettsitzung mitspielen darf.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Annette Watermann-Krass (SPD): Nein. Gleich.

Präsidentin Regina van Dinter: Nein.

(Christian Lindner [FDP]: Wovor haben Sie denn Angst? – Achim Tüttenberg [SPD]: Vor einer dummen Frage!)

Annette Watermann-Krass (SPD): Unser Fazit zu diesem Haushalt lautet daher: Verzichten müssen bei einer schwarz-gelben Landesregierung vor allem die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir haben hier in NRW keinen Verbraucherminister, sondern einen angeblichen Bauernbefreier, der billigend in Kauf nimmt, dass hier bewährte Strukturen zerschlagen werden. Aber das hat NRW nicht verdient. Das, was Sie machen, hat nichts mit Haushaltszwang zu tun, sondern ist eine politische Entscheidung. Und Sie sparen nicht wirklich, sondern Sie verteilen die Mittel um. Stehen Sie endlich dazu! Denn beim Einzelplan 10 wird sehr deutlich: Ihre angebliche Kultur des Verzichtes ist nur ein Vorwand für eine Umverteilung der Mittel: weg vom Umweltschutz und hin zu Ihrer Lobby. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Fasse.

Marie-Luise Fasse (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass zu später Stunde noch so viele Kolleginnen und Kollegen da sind. Mit dem Haushaltsplan 2006 macht unser Land einen großen und wichtigen Schritt zur Konsolidierung. Es wird

auf den Weg geführt zurück zur finanziellen und damit auch zur politischen Handlungsfähigkeit.

Bei einer Verschuldung von 110 Milliarden € sind Sparen, Investieren und Reformieren Forderungen, an denen sich jede politische Entscheidung zu orientieren hat.

(Frank Sichau [SPD]: Heute Morgen waren es noch 112 Milliarden, Frau Fasse!)

Der Sparkurs kann nur durch strikte Selbstdisziplin, Kreativität und Gestaltungskraft bei der Finanzierung der uns gestellten Aufgaben zum Erfolg führen. Schulden zulasten künftiger Generationen müssen vermieden werden. Das Prinzip „Zukunft bauen, nicht verbauen“ muss in unserer Finanzpolitik gelten.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

In diesem Zusammenhang ist auf den gerade in der Umweltpolitik entwickelten Gedanken der Nachhaltigkeit hinzuweisen. Die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem Ertragskraft und Vorrat wieder aufgebaut werden können.

Den Konsolidierungskurs hat die Landesregierung mit der Kürzung des Haushaltsvolumens um fast 5 % gegenüber 2005 eingeschlagen. Auch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat dieses Sparziel in seinem Einzelplan 10 mit zum Teil erheblichen Einschnitten umgesetzt. Belastungen wurden auf viele Schultern verteilt. Eine Überforderung Einzelner wurde vermieden. Die Zukunftschancen wurden erhalten.

In diesem Einzelplan sind die Gesamtausgaben um knapp 29 Millionen € auf 907,7 Millionen € vermindert worden. Unter Berücksichtigung des Anstiegs der im Einzelplan enthaltenen EU-Mittel und der Verlagerung von Mitteln aus dem GFG und aus dem Einzelplan 15 in den Haushalt des Umweltministeriums beträgt die bereinigte Absenkung 62,8 Millionen €. Das sind 6,7 % des Einzelplans 10.

Mit dieser Absenkung wurden die Grenzen möglicher Einsparungen erreicht. Zweckgebundene Ausgaben und Ausgaben aufgrund gesetzlicher Regelungen sowie Personalausgaben und Sachausgaben sind nämlich nur bedingt gestaltbar. Von diesen eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten wurde durch Personalabbau Gebrauch gemacht. Der Stellenbestand wurde gegenüber 2005 um 74 Stellen auf 5.325 Stellen verringert.

Um die dargestellten Einsparungen zu erreichen, musste sich die Kürzung insbesondere auf die

Förderprogramme erstrecken. Die Landesmittel für die nicht aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierten Förderprogramme waren um 11 % zu kürzen. Wenn man von der Aufstockung der Mittel für den Wasserbau und Hochwasserschutz absieht, beträgt die Kürzung bei den anderen Förderungsmaßnahmen im Durchschnitt 15 %.

Meine Damen und Herren, nach meiner festen Überzeugung hat das Ministerium damit das eingangs von mir erwähnte Sparziel bis an die Grenze des Möglichen ausgeschöpft. Dies findet unsere allseitige Zustimmung. Trotz der geschilderten Einsparungen ist es gelungen, die Finanzausstattung in den Kernbereichen des Einzelplans 10 mit einigen Akzentsetzungen auf vergleichsweise hohem Niveau zu halten.

Die Diskussion im Ausschuss und die von den Oppositionsfraktionen vorgelegten Änderungsanträge sind keine ernst zu nehmende Alternative zum vorgelegten Haushaltsentwurf.

(Beifall von Clemens Pick [CDU])

Manche Vorschläge mögen bei einer gesunden Finanzlage diskussionswürdig sein. Zurzeit sind sie jedoch unpassend und mangels Gegenfinanzierung nicht realisierbar. Die Grenzen des Machbaren sind damit erreicht.

Die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen sind realitätsfern und nicht durchführbar. So beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Beispiel eine weitere Kürzung der Mittel für die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Der Zuschuss an die Kammer wurde von 97,2 Millionen € im Jahre 2000 auf 75,3 Millionen € im Jahre 2005 zurückgefahren. Dankenswerterweise hat die alte Landesregierung ein Finanzierungsgutachten zur Landwirtschaftskammer erstellen lassen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Darin wird unter anderem festgestellt, dass die Landwirtschaftskammer wegen reduzierter Landesmittel in den letzten Jahren den Haushalt über Vermögensabbau finanzieren musste.

(Hannelore Kraft [SPD]: Da wird festgestellt, dass die ineffizient sind! Sie müssen das mal lesen! Das ist ein Unterschied!)

Meine Damen und Herren, diese Unterfinanzierung führt nach Ansicht der Gutachter zu einer Existenzbedrohung der Kammer. Sie braucht jede zusätzliche Finanzzuweisung zur dringend erforderlichen Umstrukturierung ihrer Arbeit und Verwaltung. Diese Zuweisungen belaufen sich im Haushalt 2006 auf 15,5 Millionen €. Innerhalb der

nächsten zehn Jahre kann dieser Etatposten komplett abgebaut werden.

Die im Haushaltsplan eingestellten Mittel in Höhe von 98,1 Millionen € sind schon um 2,5 Millionen € geringer, als im Gutachten veranschlagt. Eine weitere Reduzierung entsprechend Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist nicht verantwortbar und hätte zur Folge, dass die Kammer ihrer Aufgabe als Landesbeauftragte nicht mehr ordnungsgemäß nachkommen könnte. Die Durchführung, meine Damen und Herren, von Bundes- und Landesgesetzen sowie EG-Vorschriften, die Beteiligung im Planungs- und Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren anderer Behörden und die Abwicklung zahlreicher Förderprogramme des Landes wäre nicht mehr gewährleistet.

Dies hätte katastrophale Auswirkungen auf den bedeutenden Wirtschaftszweig der Landwirtschaft in unserem Agrarland Nordrhein-Westfalen. Die CDU-Fraktion bekennt sich daher zu einer selbstverwalteten, bedarfsgerecht finanzierten Landwirtschaftskammer anstelle eines von oben geführten Landesbetriebes.

Meine Damen und Herren, effektiver Verbraucherschutz und umfassende Verbraucherinformation sind Forderungen, die unsere Bürger mit Recht an die Politik stellen. Die Ansätze im Haushaltsplan auf diesen Gebieten werden den Forderungen gerecht. Der Staat bleibt in der Pflicht für seine Verantwortung für einen funktionierenden Verbraucherschutz. Ausreichende Mittel für eine effiziente Lebensmittelkontrolle sind vorgesehen, sodass dem Bürger Lebensmittelsicherheit und -qualität auf höchst möglichem Niveau gewährt werden können.

In unserem Land sind die Verbraucherzentralen kompetente Partner beim Verbraucherschutz und auch bei der Verbraucherberatung. Die besondere Bedeutung der Verbraucherzentralen findet im Haushaltsplan dadurch Ausdruck – das haben wir auch lange diskutiert –, dass die institutionelle Förderung nur um 10 % beziehungsweise – Frau Watermann-Krass hat das gesagt – um 1 Million € gekürzt wird.

Im Hinblick auf die Hochwasserereignisse in jüngster Zeit ist der Haushaltsansatz von 29 Millionen € für naturnahe Gewässergestaltung und den Hochwasserschutz um 6,44 Millionen € höher als im Jahre 2005. Damit kann in den städtischen Bereichen, vor allem in Köln, aber auch in den ländlichen Bereichen eine Verbesserung des Hochwasserschutzes erreicht werden.

Nach jüngsten Veröffentlichungen des Max-Planck-Institutes für Klimaforschung wird in der

Zukunft mit einem Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperaturen zu rechnen sein. Das beinhaltet dann, dass vermehrte Hochwässer in der Zukunft nicht mehr nur ein Jahrhundertereignis, sondern regelmäßige Bedrohungen darstellen. Zu einem effektiven Schutz müssen am Rhein die Deiche saniert und möglichst zurückverlegt werden. Abflussverschärfungen der Vergangenheit sind durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Hierzu liegt bereits seit kurzem ein neues Hochwasserschutzkonzept bis zum Jahre 2015 vor.

Zur Förderung des Kleingartenwesens wird über den Haushaltansatz von 500.000 € hinaus ein Antrag auf Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 90.000 € von der Regierungskoalition gestellt werden. Mit diesen Mitteln soll eine Studie zur Zukunft des Kleingartenwesens finanziert werden, da sich im Laufe der Zeit viele signifikante Daten und auch die dort tätigen Gruppen verändert haben. Auf diese Weise sollen Perspektiven für eine Neuausrichtung des Kleingartenwesens entwickelt werden. Dabei müssen Aspekte der demographischen Entwicklung, der Migration sowie der Integration unterschiedlicher sozialer Gruppen und relevante Daten zur Stadtplanung berücksichtigt werden.

Dem Kleingartenwesen mit über 119.000 Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern mit ihren Familien in rund 1.600 Vereinen kommt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Kleingärten fördern die Lebensqualität und bieten besonders den Bürgern in Ballungsräumen Raum für Freizeit und Erholung.

Meine Damen und Herren, besonders erfreulich ist die Annahme eines Haushaltsansatzes in Höhe von 1,5 Millionen €, damit ab dem Jahre 2008 auch künftig wieder Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen im dreijährigen Turnus durchgeführt werden können.

(Beifall von CDU und FDP – Holger Ellerbrock [FDP]: Sehr gut!)

Diese Schauen beseitigen strukturelle Siedlungsdefizite, und sie verbessern die Lebensqualität und auch das soziale Umfeld der Menschen in unserem Land und zeigen die Leistungsfähigkeit des nordrhein-westfälischen Gartenbaus.

Der vorliegende Haushaltsentwurf mit dem Einzelplan 10 wird den Herausforderungen, dem Umfang und auch der Komplexität der aktuellen Fragen in der Politik für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen in allen Punkten gerecht. Dies kann eindeutig festgestellt werden, auch wenn in

manchen Bereichen schmerzhafte Einschnitte nicht zu vermeiden waren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Rimmel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dieser etwas vorgerückten Stunde stehen wir vor der Schwierigkeit, einen Einzelplan beraten zu müssen, der eigentlich eine sehr ausführliche Diskussion notwendig macht, wir aber gleichzeitig im Foyer gewisse Notwendigkeiten haben und ich auch den einen oder anderen Druck kenne.

Aber der Minister signalisiert schon: Er hat stundenlang Zeit, mit mir, mit uns hier zu diskutieren. – Gut, dann werden wir das auch ausnutzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Anliegen dieses Einzelplanes sind uns sehr wichtig, weil sie von großer landespolitischer Bedeutung sind. Ich bleibe bei dem, was ich im Ausschuss gesagt habe. Ich habe diesen Etat mit vier Adjektiven gekennzeichnet. Ich möchte sie wiederholen, weil die Fachberatung und auch die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss diese Kritik nicht mitgemacht haben.

Ich bleibe dabei, dass dieser Haushalt – insbesondere im Einzelplan 10 – unehrlich ist, er ist zynisch, er ist ungerecht und einseitig und politisch hinterhältig. In der Beratung ist noch hinzugekommen, dass er handwerklich schlecht ist, rechtlich fragwürdig und kleinkariert – jedenfalls bezogen auf das, was die Koalitionsfraktionen als Änderungsanträge eingebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir, dass ich es im Einzelnen begründe.

Unehrllich: Sie gehen raus und behaupten: Weil die Haushaltslage so schlecht ist, müsse man an der einen oder anderen Stelle begründet sparen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Dieser Haushalt, die Lage ist so furchtbar schlecht. Deshalb müssen wir den Verbraucherschutz schützen, deshalb müssen wir die biologischen Stationen kürzen, deshalb müssen wir die Agenda 21 nach unten fahren. Das ist unehrlich, meine Damen und Herren, wenn Sie gleichzeitig 11 Millionen € für Maßnahmen, die das Land ü-

berhaupt nicht bezahlen muss, zur Verfügung stellen, zum Beispiel am Flughafen Münster/Osnabrück; wenn Sie bereits ausgelaufene Landesgartenschauen wieder in den Haushalt einführen, wenn Sie 17 Millionen € für die Finanzierung der Landwirtschaftskammer übrig haben, obwohl das gutachterlich überhaupt nicht von Ihnen gefordert ist.

An dieser Stelle also eine klare Zweiteilung! Sie sind unehrlich, indem Sie den Konsolidierungsbedarf vorschieben, aber andererseits offensichtlich Geld zum Ausgeben haben.

Sie sind zynisch, weil Sie immer wieder, ohne sich mit der Sache auseinander zu setzen, einfach auf „rot-grüne Versäumnisse“ verweisen, die diesen Schuldenberg angehäuft hätten. Deshalb müsse der Verbraucherschutz leiden usw. Sie wissen doch – da sind wir alle miteinander nicht ehrlich –, dass Sie mit der Kürzung im freiwilligen Bereich diesen Landeshaushalt nie und nimmer werden sanieren können.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das hat Ihre Hartmann-Kommission belegt. Das hat auch unsere Kommission noch einmal deutlich gemacht. Wenn Sie wirklich grundlegend konsolidieren wollen, dann müssen Sie an ganz andere Bereiche herangehen. Da gehen Sie aber offensichtlich nicht dran. Deshalb ist es zynisch gegenüber dem Ehrenamt,

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

gegenüber dem Gesicht Nordrhein-Westfalens, weil an dieser Stelle im Ehrenamt Nordrhein-Westfalen tatsächlich ein Gesicht hat, was Sie mit diesem Haushalt aufs Spiel setzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind ungerecht und einseitig, weil Verlierer offensichtlich der ehrenamtliche Naturschutz ist. Ihm soll die finanzielle Unterstützung entzogen werden. Die Mittel für nachhaltige Entwicklung kürzen Sie um 66 %. Das bedeutet das Aus für die Agenda-21-Projekte vor Ort.

Auf der anderen Seite, wie gesagt: der Flughafen, die Landesgartenschauen, die Landwirtschaftsbürokratie, der Sie das Geld hinterher tragen. Das, meine Damen und Herren, macht schon die Einseitigkeit und Ungerechtigkeit in diesem Haushalt deutlich.

Ich will das auch noch einmal unterstreichen bezogen auf die Landwirtschaftskammer. Sie führen immer immer dieses Gutachten an. Wir werden uns ja auf der Strecke auch noch damit zu beschäftigen

haben. Warum diskutieren Sie nicht über eine Umlageerhöhung? Warum hat das in den Haushaltsberatungen keine Rolle gespielt? Warum diskutieren wir nicht über die immensen Preise, die die Bildungseinrichtungen dieser Kammer kosten? Warum diskutieren wir nicht über die erheblichen Effizienz- und Kostenunterschiede der einzelnen Kreisstellen? Das steht ausführlich in dem Gutachten drin. Warum diskutieren wir nicht wie bei allen anderen Förderprogrammen des Landes, dass sie zukünftig wohl besser von der NRW-Bank abgewickelt werden als über die Landwirtschaftskammer? All das wird hier nicht diskutiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist ungerecht gegenüber denen, von denen Sie Restrukturierungsprogramme einfordern und denen Sie – zack! – das Geld kürzen, während Sie bei der Landwirtschaftskammer dieses noch nicht einmal zur Voraussetzung gemacht haben. Das ist ja das handwerklich Schlechte daran. Wenn ich restrukturieren will, dann mache ich da doch eine Auflage. Dann mache ich da einen Sperrvermerk dran und sage: Ihr kriegt das Geld erst, wenn Ihr einen Restrukturierungsplan vorgelegt habt. Das ist gutes Handwerk. Das ist gute Haushaltspolitik. Aber dass Sie das nicht machen, zeigt, dass Sie an dieser Stelle einseitig und ungerecht sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, das geht ja noch weiter und wird noch schlimmer, wenn wir uns den ganzen Bereich des Biolandbaus anschauen. Nun mag man uns da eine gewisse ideologische Nähe unterstellen, aber wir haben derzeit in der Bundesrepublik einen absoluten Boom in diesem Bereich. Sie müssen sich nur einmal die dritte und die vierte Seite der Tageszeitungen anschauen. Die Firmen Lidl und Aldi werben damit, dass sie jetzt eine eigene Biolinie haben. Die Zuwachsraten betragen auch bei Bioläden teilweise 30 %. Neue Läden werden aufgemacht.

Und was macht der Minister? – Er kürzt in Nordrhein-Westfalen die Zuschüsse für den Biolandbau. Er fährt diese Zuschüsse zurück für Umstellungen und all die Programme, die dazu beitragen sollen, dass wir in Nordrhein-Westfalen auf diesem Weg ein Stück vorankommen. Auch das würde ich dann unter der Überschrift „Ungerechtigkeit“ subsumieren.

Dann komme ich zum rechtlich Fragwürdigen. In den Debatten sowohl hier im Landtag als auch im Ausschuss ist klar geworden: Der von Ihnen politisch gewollte Zuschuss für den Flughafen Müns-

ter/Osnabrück ist rechtlich nicht nur fragwürdig, er ist rechtlich nicht zulässig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben hier etwas in Ansatz gebracht, was Sie nach der Haushaltsordnung nicht in Ansatz bringen dürfen. Sie dürfen es nicht in Ansatz bringen, weil es EU-rechtlich nicht zulässig ist. Es ist eine unzulässige Beihilfe. Ich prognostiziere Ihnen, dass Sie es im nächsten Haushalt werden zurücknehmen müssen. Dieses Mal halten Sie es aufrecht, weil Sie es eingebracht haben. Ich prognostiziere Ihnen aber: Sie werden es zurücknehmen müssen. Deshalb ziehen Sie es doch lieber heute zurück, weil wir heute schon wissen: Es ist der falsche Weg. Es ist haushaltsrechtlich nicht notwendig und auch rechtlich nicht in Ordnung, das so zu etatisieren.

Kleinkariert finde ich allerdings die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen. Das ist Haushaltspolitik nach dem Pepita-Motto: kleinkariert hier mal noch 10.000 € drauf, da mal 25.000 € drauf. Also, meine Damen und Herren, Sie wollen doch wohl nicht dem Parlament, dem Landtag Nordrhein-Westfalen weismachen, dass Sie damit entscheidende Impulse in Sachen Verbraucherschutz und Umweltpolitik gesetzt haben. Sie dokumentieren das Gegenteil. Sie hätten es lieber gelassen. Das wäre besser gewesen an dieser Stelle. Sie dokumentieren, welche Schwäche im Vergleich zu anderen Politikbereichen offensichtlich der Verbraucherschutz und die Umweltpolitik in der großen Regierungsfraktion dieses Hauses haben. Damit stellen Sie sich ein Armutszeugnis aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das macht aber deutlich, dass wir zu Recht bei der Einführungsrede des Ministers in die Umweltpolitik für die nächsten fünf Jahre gewisse Widersprüche aufgezeigt haben und gesagt haben, es fehlt der rote Faden. Es fehlt nämlich der rote Faden der Nachhaltigkeit und der ökologischen Orientierung in diesem Haushalt. Der ist nicht mehr vorhanden. Dieser Haushalt macht deutlich, welchen Stellenwert Nachhaltigkeit und welchen Stellenwert Umweltpolitik in diesem Land haben.

Es ist schon bezeichnend, in welcher Weise Sie sich in fast traumatischer Art an der Vorgängerministerin abarbeiten. Anstatt souverän Ihre eigene Politik zu vertreten – das gilt sowohl für die Fraktion als auch für den Minister –, wird der ständige Bezug zu Frau Höhn gesucht. Das ist nicht gut für die Umweltpolitik, für den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen und für den Naturschutz. Sie

sollten die Souveränität haben, ein eigenes Profil in diesem Feld zu entwickeln

(Beifall von den GRÜNEN)

und dazu auch selbstbewusst zu stehen.

Aber was passiert tatsächlich? – In der Umweltpolitik haben Sie nichts zu sagen. Sie tragen zwar groß vor, dass Sie im Bereich des Flächenverbrauchs Initiativen ergreifen wollen, aber gleichzeitig stellt die Wirtschaftsministerin ein Konzept zur zukünftigen Rohstoffsicherung auf. Wo ist da der Umweltminister?

Gestern ist das Konzept der Verwaltungsreform vorgestellt worden. Das ist eine Selbstenthauptung des Umweltministers. Wo ist da die Umweltpolitik in diesem Land?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben jüngst die Erfahrung gemacht mit der Integrierten Gesamtverkehrsplanung. Sie haben ja selber den Brief an Ihren Kollegen geschrieben. Wo war die Umweltpolitik? Sie haben zwar einen Brief geschrieben, aber Sie haben sich nicht durchsetzen können, Herr Umweltminister, weil Sie nämlich der Umweltpolitik in diesem Land zwar verbal noch die Fahne hochhalten, aber faktisch schon längst die Signale eingerollt haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Oliver Keymis [GRÜNE]: Ohne Truppen!)

Das ist meine große Frage am Schluss. Von den Kollegen von der CDU wird vom „Königreich Hohn“ gesprochen. Herr Uhlenberg, ich möchte gerne wissen: Wo in der Umweltpolitik sind Sie König? Für die Verbraucher? Für die Umwelt? Für den Naturschutz? – Ich sehe am ganzen Horizont gar nichts.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sehe keinen König, sondern nur die Abrissbirne. Das, meine Damen und Herren, hat dieses Land nicht verdient. Deshalb müssen wir den Einzelplan 10 mit Vehemenz ablehnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Ellerbrock, FDP-Fraktion, das Wort.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Jetzt muss die Fliege rotieren! – Allgemeine Heiterkeit)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! König Uhlenberg, wie Sie eben genannt worden sind!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Eben nicht! – Marc Jan Eumann [SPD]: König ohne Land! – Minister Eckhard Uhlenberg: Schützenkönig vielleicht! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, damit habe ich keine Probleme. Auch in der Demokratie kann man einen König als Repräsentanten und wegweisenden Mahner gut gebrauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich wundern einzelne Beiträge schon sehr stark. Es wird letztlich von Rot-Grün gefordert, dass man die alte verschuldungsorientierte Politik fortsetzt und

(Frank Sichau [SPD]: Richtig!)

mit der Gießkanne über das Land geht, um Klientelbefriedung allerorten zu betreiben. Dort, wo man nachhaltige Verantwortlichkeit zeigt – auch im Finanziellen –, wird man beschimpft. Man wird beschimpft, weil man zugunsten einer wieder zu erwirtschaftenden politischen Handlungsfähigkeit Generationengerechtigkeit einfordert und weil man sagt, dass wir überall sparen müssen.

Es ist richtig, Herr Kollege Remmel: Es gibt eine Kommission, die gesagt hat, dass wir es nicht innerhalb kürzester Zeit schaffen, diesen Landeshaushalt zu sanieren. Dann gibt es aber zwei Möglichkeiten. Die Möglichkeit, die Sie anmahnen, besteht darin, weiterhin Geld auszugeben nach dem Motto: Was schert mich die nächste Legislaturperiode?

(Thomas Eiskirch [SPD]: Quatsch!)

Innerhalb von wenigen Jahren haben Sie mit mehr als 40 Milliarden € zusätzlicher Verschuldung dieses Land in den Ruin getrieben.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Es ist einfach nicht richtig, wenn Sie sich hinstellen und uns beschimpfen, wir würden irgendwelche zusätzlichen Einsparungen vornehmen, die nicht möglich sind.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Erneuerung!)

Diese Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, den Weg von vorne zu beginnen

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

und mit kleinen Schritten einzusparen, um politische Handlungsfähigkeit im Sinne von Generationengerechtigkeit zu verwirklichen. Das ist die zweite Handlungsmöglichkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist bitter. Das tut uns weh. Das macht auch keinen Spaß. Aber das ist ehrlicher, als wie Sie die Verschuldung weiter in die Höhe zu treiben.

(Zuruf von der SPD: Das machen Sie doch gerade!)

Das wäre unverantwortlich, meine Damen und Herren. Es ist ausgesprochen bedauerlich und macht uns auch keinen Spaß, wenn wir bei den Verbraucherzentralen Einsparungen vornehmen müssen, die durchaus wesentlich geringer sind, als wir sie im Durchschnitt in anderen Bereichen einfordern müssen.

Wir sagen Ja dazu. Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Wir sagen Ja zum Erhalt der Struktur der Verbraucherzentralen. Wenn die Verbraucherzentralen jetzt die Drohung aussprechen, bei 1 Million € Verschuldung müssten sofort bis zu acht Verbraucherzentralen geschlossen werden, ist das eine interessenorientierte Aussage.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Das mag ich aus Sicht der Verbraucherzentralen nachvollziehen.

(Zuruf von der SPD)

Auf der anderen Seite wird bedauert, dass das gesamte Netz der Verbraucherzentralen mit ihrer umfassenden Beratung allerorten und zu jeder Zeit nicht aufrechterhalten werden kann.

(Zuruf von der SPD: Hauptsache, die Landwirtschaftskammern bekommen Geld!)

Ja, das nehmen wir in Kauf. Eine umfassende Beratung zu jeder Zeit an jeder Stelle in allen Bereichen ist auch nicht notwendig.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das gibt es doch auch gar nicht!)

Vor dem finanziellen Hintergrund dieses Landes ist das nicht zu verantworten und nicht tragbar.

(Beifall von der CDU)

Die Struktur der Verbraucherzentralen wird erhalten. Meine Damen und Herren, das ist bei den Verbraucherzentralen die gleiche sozialromantisierende Denke wie bei Ihrer Forderung, Jugendliche müssten zu jedem Kino zu jeder Zeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr – mit heißer Luft im Bus – gefahren werden. Nur: Bei den Kinobesuchen spielt das alles keine Rolle. Da ist es selbstverständlich, dahin fährt man mit dem Auto, das regelt sich alles von selbst. Bei der

Verbraucherzentrale ist das ein großes Problem. Meine Damen und Herren, lassen Sie doch bitte die Kirche im Dorf!

Sie, Frau Watermann, haben die Effizienzagentur angesprochen. Sie wird von vielen – nicht von allen – durchaus positiv gesehen. Ich stelle mir allerdings die Frage, inwieweit es sinnvoll oder gar zwingend ist, dass die Effizienzagentur Reisen nach Südafrika und England unternimmt. Das sehe ich überhaupt nicht ein. Aber dafür werden auch Gelder ausgegeben. Dieses – da können Sie sicher sein – werden wir unter einen verschärften Blick nehmen. Mit meinem Kollegen Gerhard Papke werden wir im nächsten Jahr gerade auch die Effizienzagentur besonders begutachten. Wir werden wie immer das Positive herausstellen, Kritik durchaus sachlich anbringen und die Ergebnisse mit dem Koalitionspartner diskutieren.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Ich helfe gern, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, zu den biologischen Stationen. Sie, Frau Watermann – darauf bezog sich meine Frage –, haben im Zusammenhang mit den biologischen Stationen den Ausdruck benutzt, das sei eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Was haben Sie denn damit gemeint? Vielleicht haben Sie im zweiten Teil Ihrer Rede noch eine Möglichkeit, darauf einzugehen. Im Zusammenhang mit den Einsparungen bei den biologischen Stationen von Verletzung der Rechtsstaatlichkeit zu sprechen, kann ich überhaupt nicht verstehen.

Meine Damen und Herren, das Ehrenamt zu diskreditieren, indem man es immer mit finanzieller Alimentation gleichsetzt, finde ich ungeheuerlich. Ehrenamt ist Ehrenamt. Das muss nicht unbedingt etwas mit finanzieller Alimentation zu tun haben. Das ist Engagement um der Sache willen – und nicht um des Geldes willen. Das müssen wir doch einmal ganz klarstellen.

Der nächste Punkt: Wir können uns in Nordrhein-Westfalen nach meiner tiefen Überzeugung 42 biologische Stationen nicht leisten.

(Beifall von der CDU)

Ich verkenne nicht, dass viele – nicht alle – biologische Stationen durchaus wertvolle Arbeiten im Bereich der Landschaftspflege usw. vornehmen. Ich möchte mich sogar vor die biologischen Stationen stellen und sie vor ungerechtfertigten Angriffen in Schutz nehmen.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Sie sollen sich gegenüber ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Heuchler!
Heuchler!)

– Herr Kollege, wer eben wie Sie Worte wie „hinterhältig“ benutzt, sollte seiner Wortwahl mehr Beachtung schenken.

(Beifall von FDP und CDU – Johannes Remmel [GRÜNE]: Heuchelei! Wenn man auf 10 % kürzen will, ist das Heuchelei!)

Herr Kollege, wenn Sie eine Frage stellen wollen, dann stellen Sie eine Frage. Ich werde dem gern zustimmen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Es ist Heuchelei, auf 10 % zu kürzen!)

Solche Wortwahl, wie Sie sie treffen, werden ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist Heuchelei!)

Ich möchte noch viel mehr streichen. Und trotzdem werde ich mich dafür hinstellen. Ich werde Ihnen nämlich deutlich sagen ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Heuchelei!)

– Herr Kollege, Sie können überhaupt nicht nachvollziehen, dass biologische Stationen auf ihre Art zwar wertvolle Dienste leisten, sich aber als beauftragte Dritte – zum Beispiel von Kreisen – der Konkurrenz stellen müssen. Andere können die Arbeiten genauso machen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Die biologischen Stationen, so wie Sie sie hier darstellen und mit ihrem Engagement ...

(Zurufe von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Jetzt sind sie ein Remmel-Replikat. Sie sind ja wieder als empörungspolitischer Sprecher neu aufgetreten.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das bin ich gern!)

Herr Replikat, deswegen muss man ganz klar sagen: So, wie Sie sie hier verteidigen, bringen Sie die biologischen Stationen in die Schwierigkeit, ein grüner Kampfvorband zu sein.

(Beifall von FDP und CDU – Zurufe von SPD und Johannes Remmel [GRÜNE])

Und das möchte ich gar nicht.

Ich möchte vielmehr die biologischen Stationen im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern sehen, die bei der Landschaftspflege vielleicht im Zusammenhang mit dem Landesbetrieb Wald und Forst

oder im Zusammenspiel mit der ANTL, dem NABU oder dem BUND beweisen können, dass sie gute Arbeit leisten. Dann wird – so haben der Minister und sein Ministerium es vorgeschlagen – in einer Kundenbefragung herauskommen, welche Stationen besonders leistungsfähig sind und welche nicht.

Ich mache überhaupt keinen Hehl daraus, dass es an der Stelle eine unterschiedliche Beurteilung über die Sinnfälligkeit der biologischen Stationen zwischen Ihnen und mir gibt. Das trage ich gerne aus. Ich möchte diejenigen biologischen Stationen, die gut sind, im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern als beauftragte Dritte im Dienste der Kreise und der Landschaftspflege sehen. So einfach ist das.

Herr Kollege Remmel, Sie haben eben Worte gebraucht, von denen wir uns überlegen sollten, ob wir sie so im Raum stehen lassen. „Unehrllich“ ist eine Bewertung, die ich nicht gut finde, über die man aber reden kann.

Dann haben Sie über die Landwirtschaftskammer gesprochen. Die jetzige Regierung will im Gegensatz zu Ihnen keine eigene staatliche Agrarverwaltung, die Sie die Landwirtschaftskammer herunter- und vor die Wand fahren wollten. Wir haben uns an das gehalten, was die Vorgängerregierung als Finanzrahmen vorgegeben hat und noch Einsparungen vorgenommen.

Sie haben gesagt, es sei „zynisch“, dieser Landeshaushalt sei nicht zu sanieren. Dieser Landeshaushalt ist deshalb nicht zu sanieren, weil Sie ihn vor die Wand gefahren haben. Wir gehen Schritt für Schritt vor. Jeder kleine Schritt ist ein Schritt zum Gewinn neuer Handlungsfähigkeit im Sinne einer Generationengerechtigkeit.

(Widerspruch von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Kollegin Löhrmann, wenn Sie reden wollen, melden Sie sich zu Wort. Ansonsten hören Sie einfach einmal zu. Wir machen das bei Ihnen oftmals auch.

(Beifall von FDP und CDU)

Als Nächstes haben Sie von „ungerecht“ und „einseitig“ gesprochen. Viele der Agenda-Projekte, die vor Ort gemacht werden, mögen gut sein. Es gibt aber auch viele, deren Sinnhaftigkeit sich noch nicht einmal den Antragstellern sofort erschließt. Das muss man einmal ganz deutlich so sagen. Auch dort müssen wir sparen. Selbstverständlich!

Dann haben Sie einen Ausdruck gebracht, den ich wirklich schlimm fand, auf den Sie aber nicht mehr

eingegangen sind, weil die Beweisführung fehlt. Sie haben den Ausdruck „hinterhältig“ benutzt. Ich glaube, dass das schlimm ist. Ich spreche Ihnen nicht ab, dass Sie sich um Gutes bemühen. Aber „hinterhältig“ habe ich hier noch nicht gehört. Ich finde, das ist eine ganz schlimme Sache. Vielleicht sollten Sie dazu Stellung nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich spreche keinem der hier anwesenden Kollegen ab, dass er sich um das Gute bemüht. Wir mögen unterschiedliche Auffassungen haben. Wir mögen unterschiedliche Ziele verfolgen. Wir haben sicherlich auch unterschiedliche Wege. „Hinterhältig“ habe ich, so meine ich, hier in diesem Hause noch nicht gehört. An der Stelle haben Sie heute eine neue Qualität eingebracht. Rücken Sie das gleich doch bitte gerade.

Meine Damen und Herren, eben hat der Kollege Rimmel ein eigenes Profil eingefordert. Wer des Lesens kundig ist – und Lesen macht nach Pisa ja inzwischen schon einen Standortvorteil für Nordrhein-Westfalen aus, sofern man es beherrscht –, muss ganz deutlich fragen: Wie sieht das eigene Profil in der Umweltpolitik aus?

Fangen wir im Bereich der Agrarpolitik an: Jawohl, wir wollen Biolandbau mit anderem konventionellem Landbau gleich behandeln. Beide brauchen wir. Auf Gleichbehandlung kommt es an. Das mag Ihnen nicht passen, ist aber ein Profil.

Wir sagen Vertragsnaturschutz statt Ordnungsrecht und meinen das nicht nur so, sondern handeln auch entsprechend. Das ist eigenes Profil. Das mag Ihnen nicht passen, aber es ist eigenes Profil.

Sie sprechen das Rohstoffkonzept an, das die Wirtschaftsministerin vorgetragen hat. Herr Rimmel, das mag Ihre Phantasie vielleicht übersteigen, ist aber eine Chance für Umwelt und Naturschutz, mit langfristig konzipierten Abgrabungen nicht nur Wertschöpfung hier bei uns zu betreiben, sondern in Koordination mit den Kommunen, deren dortigen Planungen, mit Tourismus und Naturschutz sowie der Wasserwirtschaft zu vernünftigen, langfristig orientierten Konzeptionen zu kommen.

Ihnen, die Sie die Von-der-Hand-in-den-Mundleben-Politik betrieben haben, mag das fremd sein. Ich halte das für ein Profil und für ausgesprochen vernünftig.

Wir sagen – auch das ist Profil – Ja zum Verbraucherschutz. Wir sagen Ja zu besseren und mehr Kontrollen. Allerdings nicht so, wie Sie das wollen, sondern wir entlassen die Wirtschaft nicht aus ih-

rer Eigenverantwortung. Wir verlangen Selbstkontrolle, eigene Qualitätssicherungssysteme. Der Staat beschränkt sich effektiv darauf, als Kontrolleur der Kontrolleure nach vorne zu gehen.

Wir sagen Ja zur Kooperation statt zum staatlichen Dirigismus. Das mag Ihnen alles nicht passen. Das sind vielleicht Reifen und Profile, die Ihnen nicht zusagen. Aber das Profil ist da. Ich verspreche Ihnen eins: Wir werden uns in der Koalition mit den Kolleginnen und Kollegen und diesem Minister gemeinsam darum bemühen, in der Richtung, die ich eben dargestellt habe, das Profil noch sehr viel schärfer zu machen. Dann werden Sie vielleicht sagen, wir seien viel zu streng. – Ja, das werden wir sein. Aufgrund der von Ihnen hinterlassenen Schulden haben wir keinen anderen Weg. Diesen Weg werden wir Schritt für Schritt nach vorne gehen.

Jetzt hätte ich eigentlich auch noch die Stichworte, die mir mein Kollege Hamer nahe gelegt hat. Dann wären wir allerdings bei 22:30 Uhr. Das möchte ich mir dann für eine der nächsten Sitzungen oder die zweite Runde aufsparen.

Ich möchte Sie, Herr Kollege Rimmel, nur ganz im Ernst darum bitten: Nehmen Sie bitte den Begriff „hinterhältig“ zurück. Das belastet die Zusammenarbeit. Das war wirklich nicht gut. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Rimmel, nach ständiger Übung in diesem Parlament ist der Begriff „Heuchler“ unparlamentarisch und deswegen selbst bei größter Empörung zu vermeiden. „Heuchelei“ darf man sagen, „Heuchler“ nicht. Das wollte ich noch anmerken.

Jetzt hat der Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herr Uhlenberg, das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Christlich-liberale Umweltpolitik bedeutet vor allen Dingen eins: Generationengerechtigkeit! Wir, die gesamte Landesregierung, gestalten, aber auch das Umweltministerium leistet einen entsprechenden Beitrag, eine nachhaltige und spürbare Sanierung der Landesfinanzen, maßgeblich mit. Dadurch nehmen wir Generationenverantwortung wahr.

Die Politik der Nachhaltigkeit betrifft auch die Finanzierung der Umweltpolitik von heute auf morgen. Frau Kollegin Watermann-Krass, es stimmt: Die Spielräume sind enger geworden. Ich spüre das auch als neuer Umwelt- und Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen. Jawohl, die Spielräume sind enger geworden. Das ist eine enorme Belastung auch für mein Ministerium, für die Kolleginnen und Kollegen auch in den Regierungsfractionen, die hier politische Verantwortung tragen. Es ist leichter, in einer Zeit zu regieren, in der die Kassen voll sind oder wenn man so tut, als wenn die Kassen voll wären, und eine Politik zu machen, bei der die Frage der Nettoneuverschuldung keine große Rolle spielt.

(Beifall von der CDU)

Die finanziellen Spielräume sind enger geworden. Aber andere Spielräume in Nordrhein-Westfalen sind größer geworden. Dazu gehört insbesondere das politische Klima, das durch diese neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen realisiert worden ist.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es wichtig, dass wir die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen insgesamt anders darstellen, als das in den vergangenen Jahren der Fall war. Umweltpolitik ist immer als Klotz am Bein der Wirtschaft dargestellt worden. Aus dieser Ecke muss die Umweltpolitik herauskommen. Die neue Landesregierung und der neue Umweltminister haben da einen anderen Ansatz.

Deswegen starten wir den Dialog mit der Wirtschaft für ein umweltverträgliches Wachstum, den ich gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin Frau Thoben auf den Weg bringe. Deswegen nehmen wir die wichtigen umweltpolitischen Themen – bei der Gewässerpolitik, bei den EU-Umweltstrategien, bei der Ressourceneffizienz, beim produktionsintegrierten Umweltschutz und bei der Frage Energie und Klima –, die in Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielen und die dringend gelöst werden müssen, zu einem gesellschaftlichen Dialog der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen auf und gestalten mit den Verbänden gemeinsam.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Im finanziellen Bereich sind die Spielräume enger geworden. Aber was das Klima und die Frage der Kreativität angeht, was die Frage der Subsidiarität in der Umweltpolitik angeht, sind die Spielräume in Nordrhein-Westfalen größer geworden. Deswegen fordern wir die Menschen in Nordrhein-Westfalen auf, diesen neuen Weg in der Umweltpolitik mitzugehen.

Lassen Sie mich etwas zu den einzelnen Punkten sagen, die heute angesprochen worden sind. Ich habe am Anfang gesagt, dass es schmerzlich ist, wenn wir in einigen Bereichen Kürzungen vornehmen müssen. Das gilt für mich auch für den Naturschutz. Es ist völlig klar, dass das ein Problem ist. Aber es kann doch nicht sein, dass Kürzungen, die im vorigen Jahr von der rot-grünen Regierung im Naturschutz vorgenommen worden sind – damals hat es ja auch Kürzungen gegeben –, so dargestellt werden, dass damals noch alles okay und prima gewesen ist, aber die Kürzungen, die wir als neue Regierung jetzt leider auch vornehmen müssen, unmoralisch und nicht in Ordnung sind.

Nein, meine Damen und Herren, eine solche Doppelstrategie fällt auf. Mit den 6 Millionen € – um mich auf die biologischen Stationen zu konzentrieren –, die im Haushaltsplan 2006 stehen, können die biologischen Stationen ihre Arbeit in Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Ich möchte das unterstreichen, was der Abgeordnete Ellerbrock gesagt hat: Die Kundenbefragung, die jetzt vorgenommen wird, ist notwendig, um die biologischen Stationen neu aufzustellen. Deswegen wird hier auch eine verantwortliche Politik geleistet.

Zum Verbraucherschutz, meine Damen und Herren: Auch Rot-Grün hat im vergangenen Jahr Kürzungen bei den Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Das wollen Sie jetzt vergessen machen. Das ist nicht in Ordnung. Es ist in der Tat so, dass auch die Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen ihren Beitrag zum Haushaltsplan 2006 leisten müssen, in einer Größenordnung von 985.000 €. Das liegt weit unter den Kürzungen in vielen anderen Bereichen dieses Haushaltsplanes.

Ich bedauere es sehr, dass die Verbraucherzentrale heute Angst schürt und in Form einer Presseerklärung sagt, sie müsse aufgrund dieser Kürzung in Nordrhein-Westfalen möglicherweise fünf oder sechs Geschäftsstellen schließen. Gleichzeitig zählt sie acht Städte auf, in denen eventuell Verbraucherzentralen geschlossen werden müssten. Die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen trägt die volle Verantwortung für diese Politik. Bei 985.000 € kann man eine solche Strategie nicht fahren. Daher ist diese Pressemitteilung der Verbraucherzentrale vom heutigen Tag verantwortungslos. Ich habe gehört, dass sie intern sehr umstritten gewesen sein soll.

Es gibt kaum einen Bereich, in dem so stark gekürzt wird wie in der Agrarpolitik. Das betrifft die gesamten Förderprogramme. Das liegt nicht nur an uns in Nordrhein-Westfalen. Das wird sich in den nächsten Jahren bedauerlicherweise fortset-

zen, weil wir alle wissen, dass die kofinanzierten Programme der Europäischen Union in den nächsten Jahren um 25 bis 30 % gekürzt werden müssen.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen in der Lage, unsere Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen. Aber gerade bei der Landwirtschaft gibt es enorme Kürzungen. Das ist in der Tat so. Da müssen wir ran. Aber wenn die Europäische Kommission diese Mittel jährlich in einer Größenordnung für uns in Nordrhein-Westfalen von 50 bis 100 Millionen € kürzt, ist das ein schwerer Einschnitt. Wir sind nicht in der Lage, das durch eigene Landesmittel, durch mehr kofinanzierte Mittel auszugleichen.

Aber darum geht es Ihnen ja auch gar nicht. Es geht Ihnen noch einmal um den Kampfbegriff Landwirtschaftskammer, der hier eingeführt worden ist. Um was geht es?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es geht darum, was Sie damit machen!)

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat keine eigene Agrarverwaltung. Vor 60 Jahren hat die damalige Landesregierung die Entscheidung getroffen, dass Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern keine eigene staatliche Agrarverwaltung aufbaut, sondern dass die damaligen zwei Landwirtschaftskammern mit dieser Aufgabe betraut werden. Aus den beiden Landwirtschaftskammern ist eine Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen geworden. Das war in Nordrhein-Westfalen eigentlich auch nie ein strittiges Thema.

Dann hat sich meine verehrte Frau Vorgängerin eines Tages vorgenommen, diese Landwirtschaftskammer zu zerschlagen, und mit ihr die grüne Fraktion. Ich weiß, dass die SPD-Fraktion in dieser Frage – da können Sie die Beiträge von Irmgard Schmid aus der letzten Wahlperiode in den Protokollen nachlesen – immer eine andere Politik betrieben hat.

(Beifall von der FDP)

Es gab damals schon eine Auseinandersetzung in der rot-grünen Koalition über die Zukunft der Landwirtschaftskammer. Das hat dazu geführt, dass der frühere Finanzminister, Herr Dieckmann, ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, mit dem endlich einmal geklärt werden sollte, welchen Beitrag die Landwirte in Nordrhein-Westfalen leisten müssen, damit die Selbstverwaltung organisiert wird. Daher, Herr Abgeordneter Rimmel, entscheiden auch die Landwirte über die Frage der Kammerbeiträge und nicht die Landesregierung.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Und was muss die Landesregierung dazu beitragen, um diesen Teil der Agrarverwaltung zu finanzieren, den die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen für die Landesregierung wahrnimmt?

Ich bin dem früheren Finanzminister Dieckmann sehr dankbar, dass er dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat – völlig unabhängig von den Zahlen –, damit wir endlich einmal ein Gerüst für die nächsten Jahre haben, wie die Kammer finanziert werden soll.

Dass es auch ein großes Stück Polemik ist, was hier vorgeführt wird, meine Damen und Herren, sehen Sie alleine an den Zahlen. Dass die frühere Landesregierung im Jahr 2000 für die Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen 97,2 Millionen € zur Verfügung gestellt hat und wir in diesem Jahr, 2006, 85,6 Millionen € zur Verfügung stellen. Wir stellen 10 Millionen € weniger zur Verfügung, als das vor sechs Jahren bei den früheren Landwirtschaftskammern der Fall war. Aber darum geht es gar nicht.

Sie hatten sich vorgenommen, die Landwirtschaftskammer zu zerschlagen. Nachdem die Landesforstverwaltung aus der Kammer ausgegliedert war, sollte eine zweite staatliche Agrarverwaltung neben der Forstverwaltung aufgebaut werden. Und dieses Konzept, meine Damen und Herren, machen wir nicht mit. Wir setzen auf Freiwilligkeit, und wir setzen auf Subsidiarität.

Ich glaube auch nicht, dass es für Nordrhein-Westfalen billiger geworden wäre, wenn wir eine eigene neue staatliche Agrarverwaltung aufgebaut hätten. Deswegen setzen wir diese Politik fort, aber auch in der Form, dass bei den Zuweisungen an die Landwirtschaftskammer 2,5 Millionen € gekürzt werden über das Programm hinaus, das die Kammer in den nächsten Jahren umsetzen muss, wobei es einen harten Diskussionsprozess zwischen der Landesregierung und der Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

Zum Thema Biolandwirtschaft: Meine Damen und Herren, ich freue mich über jeden Verbraucher in Nordrhein-Westfalen, der zu Bioprodukten greift. Damit haben wir überhaupt keine Probleme. Aber es ist doch nicht Aufgabe einer Landesregierung zu sagen: Bio ist gut und konventionell ist schlecht. – Unsere Aufgabe ist, dass beide Formen der Landwirtschaft – 96 % bewirtschaften konventionell, 4 % bewirtschaften biologisch – fair behandelt werden. Und das macht die neue Landesregierung. Deswegen setzen bei der Förder-

politik die Ansätze auf den Schnitt der anderen Bundesländer herunter.

Es macht doch keinen Sinn, wenn ein Landwirt, der bei uns von der konventionellen Landwirtschaft auf die Biolandwirtschaft umstellt, doppelt so hohe Hektarsätze bekommt, als das in Niedersachsen oder in Rheinland-Pfalz der Fall ist. Wir können es auch nicht mehr bezahlen, meine Damen und Herren. Von daher behandeln wir die Biolandwirtschaft fair. Ich kämpfe auch dafür, dass die Bioschule Haus Riswick erhalten bleibt. Sie ist nicht gefährdet, weil wir sie nicht wollen, sondern weil sich bedauerlicherweise – das hängt auch mit dem Strukturwandel zusammen – zu wenige junge Menschen angemeldet haben.

Meine Damen und Herren, keine Kürzungen gibt es in wichtigen umweltpolitischen Bereichen dieses Einzelplans 10. Das ist der Umgebungslärm – ein wichtiges Thema in den Großstädten unseres Landes –, das ist die große Feinstaubproblematik, bei der wir vor einer Riesenverantwortung stehen, und das ist die große Aufgabe des Hochwasserschutzes in Nordrhein-Westfalen.

Ich bin sehr froh – dafür hat es eine breite parlamentarische Unterstützung gegeben –, dass wir die Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen wieder einführen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Meine Damen und Herren, dieses Ministerium wirkt mit an einer Verwaltungsstrukturreform, die dazu beitragen wird, dass die Umweltstandards – darum geht es letztlich – nicht abgesenkt werden. Dies sind Entscheidungen, die von der neuen Regierung auf den Weg gebracht werden und die schlicht und einfach überfällig sind. Dies sind auch Entscheidungen, die im Interesse der Bediensteten der Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen sind, weil sie auch langfristig einen sicheren Arbeitsplatz haben müssen.

Diese Umstrukturierungen finden in allen Bundesländern statt. Sie finden jetzt auch in Nordrhein-Westfalen statt, und sie finden sozialverträglich statt. Es wird keiner entlassen. Und wer kann das in anderen Wirtschaftsbereichen sagen, wenn er dort einen Arbeitsplatz hat?

Ein Wort noch zur integrierten Verkehrsplanung, weil das Thema angesprochen worden ist. Mein Haus hat sich bei der Frage der integrierten Verkehrsplanung inhaltlich durchgesetzt. Wir haben eine gemeinsame Kabinettsvorlage erarbeitet. Sie ist verabschiedet worden. Ich habe kritisiert, dass die Zeit für uns etwas kurz war. Es gibt Übereinstimmung, dass das in Zukunft nicht mehr ge-

schieht. Aber in der Sache haben wir dieser Kabinettsvorlage zugestimmt, weil es zu verantworten war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich am Ende dieser Haushaltsplanberatungen zum Einzelplan 10 ein herzliches Wort des Dankes sagen. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses. In den letzten Monaten wurden im Umwelt- und Landwirtschaftsministerium folgende Arbeiten geleistet – ich will nur einige Stichpunkte nennen:

Es ging um die Frage: Wird in Zukunft noch Kohle unter dem Rhein abgebaut, ja oder nein? Eine Riesenaufgabe, kurz nachdem wir im Amt waren. Wir waren im Grunde noch gar nicht im Amt, da mussten wir schon eine Entscheidung treffen.

Es ging um Gammelfleisch. Das war kein Fleisch, das nach dem 22. Mai eingelagert war. Wir haben die risikoorientierte Überwachung umgesetzt.

Das Thema Vogelgrippe hat uns in den letzten Wochen eingeholt; dabei sind Hunderte Betriebe insbesondere in Ostwestfalen gefährdet.

Thema Schweinepest: Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums und der nachgeordneten Behörden in den letzten Wochen, auch über Ostern, als viele aus diesem Haus in den Urlaub gefahren sind, auch übers Wochenende geleistet haben, war hervorragende Arbeit.

Deswegen möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese Arbeit sehr herzlich bedanken.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, die vereinbarte Redezeit ist beendet.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich möchte mich auch noch bei den Koalitionsfraktionen, bei CDU und FDP, für die politische Unterstützung bedanken.

Herr Abgeordneter Rimmel, wenn Sie das Wort „hinterhältig“ in den Mund nehmen, dann zeugt das nicht von Souveränität, sondern es zeigt, dass Sie nervös geworden sind. Denn Sie haben genauso wie ich das Gefühl, dass diese Koalition aus CDU und FDP, die am 22. Mai des vergangenen Jahres das Vertrauen von über 50 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen bekommen hat, eine Vision auch beim Umwelt- und Verbraucher-

schutzes und in der Agrarpolitik hat und dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen – das geht auch aus allen Umfragen hervor – diese Politik von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen mittragen. Das, was wir uns für die nächsten Jahre und Jahrzehnte

(Wolfgang Röken [SPD]: Jahrhunderte!)

für Nordrhein-Westfalen vorgenommen haben, ist keine kurzfristige, sondern eine langfristige Aufgabe, meine Damen und Herren, weil dieses Land Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern, dieses schönste und wichtigste Bundesland, auch und gerade in den Bereichen, die ich angesprochen habe, eine gute Landesregierung braucht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat sich, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Ortgies, CDU-Fraktion, noch einmal gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Insbesondere der Auftritt von Herrn Remmel und – ich sage das jetzt auch – die unflätige Rede, die er vorhin gehalten hat, veranlassen mich nun doch noch einmal, ans Pult zu gehen und ein paar Sätze zu sagen. Sie hinterlassen den Eindruck, als seien Sie seit Jahrzehnten in der Opposition und hätten mit dem ganzen finanziellen Desaster nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Das, was Sie heute beantragt haben, läuft – das haben Sie vorhin in Ihrer Rede erklärt, und das ist sehr entlarvend – auf zusätzliche Belastungen der Bürger des ländlichen Raums hinaus. Sie verlangen in Ihrer Rede eine Erhöhung der Umlage der Landwirtschaftskammer, Sie kritisieren die Ausbildungseinrichtungen der Landwirtschaftskammer, welche sonst der Staat bezahlen müsste, und Sie kritisieren – das ist überhaupt der Höhepunkt – die Mehrkosten am Flughafen Münster/Osnabrück, die Sie mit Frau Höhn und ihren Umweltverwaltungen damals selbst verursacht haben.

(Beifall von der CDU)

Ich will noch einmal daran erinnern: Es geht schlichtweg um die Verglasung einer Landebahn, es geht darum, einem Tier, das noch niemand richtig gesehen hat, dem Neunauge, die Unterquerung dieser Bahn zu ermöglichen. Herr Rem-

mel, das ist unehrlich, und das ist – Ihre eigene Wortwahl – heuchlerisch.

(Zuruf von der CDU: Hinterhältig!)

Jenseits dieser Rede von Herrn Remmel erkenne ich allerdings bei den Grünen – die sind heute nicht hier – Ansätze zur Einsicht und Besserung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die Grünen sind hier!)

– Nicht die, die ich meine. – In der letzten Woche habe ich erstaunlicherweise in der Zeitung gelesen, dass zwei ehemalige Staatssekretäre der Grünen, die seit einem Jahr – manche sagen: zum Glück – nicht mehr im Amt sind, vorschlagen, den Haushalt noch stärker zu sanieren, als es CDU und FDP vorhaben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Von solchen Staatssekretären können Sie nur träumen!)

Doppelt so viele Stellen – man höre und staune – fordern sie zu streichen. Das fordern Ihre grünen Vordenker. Einer dieser – in Anführungsstrichen – „Gutachter“ ist Herr Griese. Das ist der Staatssekretär, der in zehn Jahren grüner Regierungsbeteiligung die Umweltverwaltung so massiv aufgebläht hat, dass diese Verwaltung inzwischen den Ruf einer Wirtschaftsverhinderungsbehörde bekommen hat.

(Beifall von der CDU)

Dass dieser Herr nun fordert, Verwaltungsaufgaben und damit auch Umweltaufgaben drastisch zu reduzieren, meine Damen und Herren, gehört für mich zu den beeindruckenden Erfahrungen, wieder an die Lern- und Einsichtsfähigkeit grüner Politiker zu glauben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Ortgies, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Löhrmann?

Friedhelm Ortgies (CDU): Nein.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das war deutlich.

Friedhelm Ortgies (CDU): Ich habe nicht so viel Zeit, Frau Löhrmann. Ich weiß, dass Sie das ärgert, was ich jetzt erzähle.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zwischenfragen, Herr Abgeordneter Ortgies, und die Antworten werden auf die Redezeit nicht angerechnet. – Das nur zur Information.

Friedhelm Ortgies (CDU): Dieser ehemalige Staatssekretär hat das Feuer als Umweltstaatssekretär gelegt und betätigt sich nun – ich sage ausdrücklich: lobenswerterweise – als Feuerwehrmann. Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub.

Meine Damen und Herren von der Grünen-Fraktion, wir tun das, was Ihre Vordenker fordern. Gestern hat die Landesregierung eine umfassende Modernisierung der Landesverwaltung angekündigt. Insbesondere im Bereich des MUNLV wird es in den nächsten Jahren Vereinfachungen und Straffungen bei den Behörden geben, und wir werden 35 Sonderbehörden übergangsweise an die Bezirksregierungen angliedern. Wir schaffen damit Doppelzuständigkeiten ab, verschlanken die Landesverwaltung und ermöglichen schnellere Genehmigungen für Gewerbe, Landwirtschaft und Wirtschaft. Davon werden alle profitieren.

Dieses Signal und die Auswirkungen dieser Reform werden zum weiteren Aufschwung dieses Landes beitragen. Ich freue mich, dass uns wenigstens Teile der Grünen bei dieser Mammutaufgabe helfen wollen. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Abschließend hat nun der Abgeordnete Rimmel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne in zweifacher Hinsicht um Entschuldigung bitten. Obwohl der Kollege Ellerbrock die Hinterhältigkeit, aber nicht den Heuchler kritisiert hat, möchte ich mich für den Heuchler entschuldigen. Herr Ellerbrock ist ausdrücklich kein Heuchler.

(Beifall von der CDU)

Aber der Vorgang, Herr Ellerbrock, hier zu erklären, dass Sie sich vor die biologischen Stationen stellen, und gleichzeitig in Presseerklärungen zu sagen, dass Sie nicht um 10 % kürzen wollen, sondern auf 10 %, ist Heuchelei, und dabei bleibe ich auch.

(Beifall von den GRÜNEN)

In zweifacher Hinsicht möchte ich mich entschuldigen, weil ich – das habe ich in der Tat versäumt – das Adjektiv „politisch hinterhältig“ eingeführt habe, ohne es zu erläutern. Ich habe das aber schon im

Ausschuss getan, und ich bleibe auch dabei. Politisch hinterhältig ist es, wenn man auf der Zeitachse Dinge absehen kann, aber sie den Menschen heute nicht sagt. Und Sie kennen heute die Zahlen für den Haushalt 2007.

(Zuruf von der CDU)

Der Finanzminister hat es global gesagt: Er will noch einmal 600 Millionen € im Freiwilligenbereich einsparen.

(Christian Lindner [FDP]: Er will nicht, er muss!)

Das heißt für das Umweltministerium: mindestens noch einmal 40 bis 50 Millionen €. Dann ist es das gute Recht, dass wir von Ihnen verlangen, dass Sie uns sagen, in welchen Bereichen Sie 2007 sparen wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das haben Sie bis heute nicht geleistet, und das ist politisch hinterhältig, meine Damen und Herren, weil Sie den Menschen nicht die Wahrheit sagen, weil Sie nicht offen mit dieser Perspektive umgehen. Wir könnten ja darüber reden, aber Sie tun es nicht.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch mit dem Kram der aufgeblähten Umweltbehörde aufräumen; Ihr Finanzminister hat das schon getan.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Der Umweltbereich war unter Frau Höhn proportional der Bereich, der am meisten zu Stelleneinsparungen beigetragen hat. Halten Sie sich in der Diskussion bitte schön an Fakten, und wiederholen Sie nicht Stereotypen.

Und nun noch zu dem, was Herr Palmen und Herr Uhlenberg zu der Frage Flughafen Münster/Osnabrück gesagt haben. Sie müssen sich nun entscheiden, Herr Palmen. Sind Sie Mitglieder der Landesregierung oder nicht? Ist dieser Beschluss nach Recht und Gesetz zustande gekommen?

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Ja, das ist er!)

– Ja! Herr Palmen hat gesagt: Dieser Beschluss ist nach Recht und Gesetz zustande gekommen. Wenn er das nicht ist, müssten Sie ihn anfechten. Dann müssten Sie auch hier nach Recht und Gesetz handeln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es steht nämlich im Gesetz, dass der Verursacher für den Ausgleich selbst aufzukommen hat. Herr

Palmen, Sie können nicht auf zwei Klavieren gleichzeitig spielen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Des Weiteren hat uns der Umweltminister mit seiner Position in Bezug auf die integrierte Verkehrsplanung heute hier wirklich ein Schauspiel geboten. Sie hätten es besser gelassen. Das war das Eingeständnis Ihrer eigenen Schwäche.

(Beifall von Oliver Keymis [GRÜNE])

Sie beschwerten sich in einem Brief, dass Sie nur 48 Stunden Zeit hatten, 600 Projekte zu bewerten. Man stelle sich vor: Der Umweltminister macht eine Einzelbewertung für 600 Projekte. Wer weiß, was für einen zeitlichen Aufwand das bedeutet, und wenn Sie dann noch sagen, das sei fragwürdig und rechtlich bedenklich, und sich dann auch noch hierhin stellen und erklären, Sie hätten gewonnen, Sie hätten sich durchgesetzt, weil Sie nur 48 Zeit hatten, dann ist das doch eine Tautologie hoch drei, Herr Minister.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben heute wieder angekündigt, Sie wollten im Lärmbereich etwas tun. Das ist ja gut und schön. Sie haben ja auch mehr Geld eingestellt. Ich möchte von Ihnen nur einen Bereich wissen – nennen Sie wirklich nur einen einzigen Bereich –, in dem der Name Uhlenberg mit einem Erfolg in der Umweltpolitik verbunden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Schweinepest! – Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war eben zu optimistisch. Es gibt eine weitere Wortmeldung, und zwar von Herrn Abgeordneten Ellerbrock. Sie haben das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint.

(Zuruf von Oliver Keymis [GRÜNE])

– Sie sollten zuhören, Herr Keymes. Sie mögen für einen Ohrenarzt dann ein dankbarer Kunde werden. Ich kann es gern wiederholen: Das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint.

Herr Kollege Rimmel, Sie haben eben sehr deutlich gemacht, wenn Sie davon sprechen, hier wäre etwas politisch hinterhältig. „Hinterhältig“ heißt nach meiner Definition, bewusst etwas zu vertu-

schen, um jemanden zu täuschen. Danach wären zumindest sämtliche Haushalte ab 2000, die Rot-Grün vorgelegt hatte, hinterhältig gewesen.

(Beifall von FDP und CDU)

All diese Haushalte waren in Kenntnis der absehbaren finanziellen Situation und Handlungsfähigkeit des Landes eine bewusste Täuschung des nordrhein-westfälischen Wahlvolkes.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Von Ihnen wurde also politisch jeweils Jahr für Jahr wissentlich vertuscht, um zu täuschen. Das ist politisch hinterhältig. Das wollen wir hier einmal festhalten.

(Beifall von FDP und CDU)

Zweiter Punkt: Sie sagen hier, ich hätte heuchlerisch geredet. Ja, ich habe gesagt und stehe dazu: Den Ansatz, die Zuwendungen der biologischen Stationen sollte man nicht um, sondern auf 10 % kürzen, um den biologischen Stationen Gelegenheit zu geben, sich als Dienstleister für die unteren Landschaftsbehörden im Wettbewerb mit anderen Institutionen zu bewähren, um so festzustellen, welche qualitative gute Arbeit sie machen.

Dritter Punkt: Ja, Herr Rimmel, ich kann Ihnen einige Beispiele aufzählen, wo der Name Uhlenberg mit Erfolgen nachweislich in Verbindung gebracht wird. Das ist das Kooperationsprinzip, das ist die Eigenverantwortung, das ist die Selbstkontrolle der Wirtschaft, das ist die 1:1-Umsetzung von Maßnahmen, das ist der Vertragsnaturschutz, das ist die Zielrichtung Kontrolle der Kontrolleure.

Die Redezeit geht zu Ende. Ich möchte Sie hiermit nicht länger belasten. Wir könnten die Liste, wo der Kollege Uhlenberg positiv dasteht, noch sehr lange fortsetzen. Und dafür, Herr Uhlenberg, haben Sie jeweils unsere Unterstützung.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nun hat sich auch der soeben angesprochene Minister Uhlenberg noch einmal gemeldet.

(Zuruf von der SPD: Der bedankt sich jetzt bei Ellerbrock!)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. Ich will aus Zeitgründen die Erfolge dieser ersten zehn oder elf Monate, die Sie gerade genannt ha-

ben, nicht noch einmal wiederholen. Ich möchte nur zwei Punkte nennen, auf die ich besonders stolz bin. Ich habe Sie eben schon erwähnt, aber das reicht Ihnen wohl nicht. Inzwischen ist der Plenarsaal etwas voller geworden, deswegen wiederhole ich das gerne noch einmal.

Erstens zum Thema Hochwasserschutz: Meine Damen und Herren, dieser neuen Landesregierung ist es gelungen, in den ersten Tagen, in denen wir in der Verantwortung waren, dass unter dem Rhein und unter den Deichen des Rheins keine Kohle mehr abgebaut wird. Das ist ein Durchbruch im Bereich des Umweltschutzes,

(Beifall von CDU und FDP)

das ist ein Durchbruch im Bereich des Hochwasserschutzes, worüber in der alten Koalition jahrelang geredet worden, aber wozu nichts erreicht worden ist.

Ein zweites Thema zum Weitersagen, Herr Remmel: Gammelfleisch. Die Tonnen von Fleisch, die wir aus den Regallagern in Nordrhein-Westfalen im Sinne der Verbraucher herausgeholt haben, war kein Fleisch, das nach dem 22. Mai eingelagert worden ist, sondern es lag monatelang in diesen Regalen. Und Sie sprechen von Verbraucherschutz?

(Beifall von CDU und FDP)

Sie führen hier eine Scheindebatte darüber, ob die Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen 890.000 € mehr oder weniger bekommt, obwohl Sie genau wissen, dass wir es nicht mehr bezahlen können. Wir haben dagegen aktive und realistische Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen betrieben, indem wir eben diese risikoorientierte Kontrolle in Nordrhein-Westfalen eingeführt und dafür gesorgt haben, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht vergiftet werden. Wir haben ein 15-Punkte-Programm vorgelegt, und wir verbessern in Nordrhein-Westfalen den Verbraucherschutz Woche für Woche, der offensichtlich früher bei Ihnen in der Fraktion keine Rolle gespielt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wenn Sie hier jetzt fordern, dass wir die Zahlen für das Jahr 2007 vorlegen – diese Nummer haben Sie im Ausschuss auch schon gebracht –, dann ist das doch nur ein Zeichen dafür, dass Sie keine Argumente haben, was den Haushaltsplan 2006 angeht. Sie wollen von einer ernsthaften Debatte ablenken, die eigentlich auch Sie zum Haushaltsplan 2006 führen sollten. Das ist von Ihrer Fraktion nicht geschehen.

(Widerspruch von der SPD)

Deswegen sprechen Sie von dem Jahr 2007, obwohl Sie genau wissen, dass es ein ganz geordnetes Verfahren gibt: Jetzt läuft die Abstimmung zwischen den Ministerien. Demnächst findet eine Klausurtagung der Landesregierung statt. Herr Dieckmann, Finanzminister der früheren Regierung, kann Ihnen das System vielleicht noch einmal erläutern. Die Zahlen stehen noch nicht fest. Dann gehen wir an die Öffentlichkeit.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie wissen sie schon! – Hannelore Kraft [SPD]: Wir wissen Sie auch! – Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Sie wissen sie nicht!)

– Ich will der Sache auch gar nicht ausweichen, Herr Abgeordneter Remmel. Ich weiß, dass die nächste Landesregierung wieder zwischen 500 und 600 Millionen €, vielleicht auch 700 Millionen € bei der Nettoneuverschuldung einsparen wird,

(Beifall von CDU und FDP)

weil wir für Nordrhein-Westfalen eine Politik der Nachhaltigkeit betreiben wollen und keine Politik, die unseren Kindern und Enkelkindern eine Verschuldung von 170 bis 180 Milliarden € aufbürdet. Deswegen gehen wir den Weg, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren, konsequent weiter. Wir können die Schulden nicht zurückzahlen,

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie machen die höchste Nettoneuverschuldung bei Einbringung!)

können aber als neue Landesregierung – das ist eine Politik der Nachhaltigkeit – die Nettoneuverschuldung verringern. Auch das Umweltministerium wird seinen Beitrag dazu leisten, dass die Landesregierung beim Haushaltsplan 2007 wie jetzt beim Haushaltsplan 2006 ein geschlossenes Konzept vorlegen kann. Das ist die Voraussetzung, dass Nordrhein-Westfalen nicht mehr am Ende der Kette steht, dass wir wieder Licht im Tunnel sehen und den wirtschaftlichen Anschluss an die anderen Bundesländer bekommen. Diese Landesregierung und der Umweltminister bekennen sich zu dieser Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil Herr Minister Uhlenberg die vereinbarte Redezeit überschritten hat, hätten die anderen Fraktionen die Möglichkeit – ich sage das im Konjunktiv –, sich noch einmal zu melden. Ich will wegen des Parlamentarischen Abends, der draußen auf uns wartet, niemanden dazu er-

muntern. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Debatte.

Wir kommen entsprechend der Übersicht, die Ihnen verteilt wurde, zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 10**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge mit den Nummern 44 bis 50.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 44 der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1722** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 45 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1796** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 46 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1798** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** Nr. 47 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1799**. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 48 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1802** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 49 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1803** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Änderungsantrag** Nr. 50 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1804** abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1710. Wer stimmt für den Einzelplan 10 in dieser Fassung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir **unterbrechen** die **Haushaltsberatungen** in zweiter Lesung und setzen sie morgen früh unter TOP 2 fort.

Ich rufe auf:

3 Veräußerung eines Grundstücks des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW – Bebautes Grundstück in Aachen

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Absatz 2 LHO
Vorlage 14/425

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/1664

Passend zur Region, die sich heute beim Parlamentarischen Abend vorstellt, will der Finanzminister ein bebautes Grundstück in Aachen veräußern.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist erfreulicherweise nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/1664**, in die Veräußerung dieses Grundstücks einzuwilligen. Wer ist für diesen Antrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Landesregierung Vorlage 14/425 einstimmig **angenommen**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung.

Um 20:45 Uhr, also in etwa einer halben Stunde, wird das Programm zum Regionalabend begin